kischen Welt ruft die IAH auf zu großen Demonstrationen für die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten im Kampfe gegen das mörderische kapitalistische System, im Kampf gegen Volksnot und Massenerwerbslosigkeit für Arbeit, Brot und Freiheit. Die große Solidaritätsdemonstration, organisiert von der Internationalen Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Dresden, wird die Delegierten des sächsischen Proletariats auf dem Landeskongreß der RGO begrüßen und so die brüderliche Kampfverbundenheit der IAH und der RGO für die Interessen der Ausgebeuteten zum Ausdruck bringen.

Das sächsische Proletariat leidet ganz besonders unter der Krise des kapitalistischen Systems. Sachsen als spezielles Land der Fertigindustrie steht mit an der Spitze der Erwerbslosigkeit und der Kurzarbeit. Während die sächsischen Löhne und Gehälter trotz gegenteiliger Behauptungen der Ausbeuter mit zu den niedrigsten gehören — die Hungerlöhne der Textilarbeiter in Sachsen stehen hinter denen im übrigen Reich noch weit zurück — verstanden Industrie- und Bankkönige ihre Profite noch zu steigern. Gerade gegenwärtig führen die Metallindustriellen mit Unterstützung der DMV-Bonzen einen neuen Lohnraubangriff gegen die Metallarbeiter durch. Erst vor wenigen Wochen wurden den Bauarbeitern 13 Pf. von ihrem Lohn gekürzt. Mit offenem Streikbruch im Bündnis mit der Polizei unterstützten die Reformisten den Lohnraub gegen die sächsischen Arbeiter, ebenso wie seitens der Bourgeoisie wurde gegen die jeweils kämpfenden Arbeitergruppen auf das schamloseste gehetzt, um so den Streik um die nackten Existenzforderungen zu ersticken. Der Bauarbeiterstreik offenbarte ebenso wie der Streik der Chemnitzer Straßenbahner die ungeheure Schmach der reformistischen Lakaien, die vor keinem Verbrechen gegen die Arbeiter zurückschrecken, um der Bourgeoisie bei der Ausplünderung des Proletariats Hilfsdienste zu leisten. Vereinbarungen zum direkten Lohnraub, Einführung verkürzter Arbeitszeit ohne Lohnausgleich gegen Arbeiter und Angestellte, aber für die Industriemagnaten Millionen Unterstützungen aus öffentlichen Geldern, das sind die Maßnahmen, die die reformistischen Lakaien zur Rettung des Profits der Bourgeoisie vorschlugen und durchführten. Brüstet sich der natio-

Morgen zum Solidaritätstag der IAH

Aufmarsch aus allen Stadtteilen
Dresdens 15 Uhr Holbeinplatz

nalsozialistische Hauptmann Goering damit, daß die NSDAP die Geldsäcke der Ausbeuter gegen die kämpfenden Arbeitermassen in Schutz nehme, so erklären die SPD-Führer auf der Reichsbannertagung in Bautzen, daß die Bourgeoisie es ihnen zu danken habe, wenn sie ungestört in ihren Palästen den aus der Volksnot geschundenen Profit verzehren können. SPD- und Nazi-Führer geben beide ganz offen zu, daß sie sich berufen fühlen, das Ausbeuterpack vor den empörten Volksmassen zu verteidigen.

Allein die RGO organisiert im Bündnis mit der KPD in den Betrieben und Stempelstellen den Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmeroffensive. Seit dem 2. Landeskongreß trat sie in allen Kämpfen der Arbeitermassen gegen den Lohnraub, gegen Unterstützungsraub als Verteidiger der proletarischen Forderungen, als Organisator und Führer im Kampf auf. Bei der Durchführung des Sturmplanes zeigte sich durch Massenzustrom zur RGO, durch die Organisierung zahlreicher neuer Betriebsgruppen und Ortskomitees, daß breite Schichten der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten bereits erkannten, daß nur unter Führung der RGO, nur im offensiven Angriff gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien ein siegreicher Kampf um ihre Forderungen möglich ist. Bei der Betriebsrätewahl gelang es, die Zahl der aufgestellten Listen von 125 im Vorjahr auf über 300 zu steigern und durch diese Kampagne eine umfassende Mobilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren. In einer Versammlungsflut während der 14 Roten Tage Ende April und der Roten Sozialoffensive Anfang Juni wurde eine erfolgreiche Massenmobilisierung und Werbung für die RGO durchgeführt, die breite proletarische Schichten einreiht in die aktive Kampffront der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sozialdemokratische, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter wurden neu für die RGO gewonnen. Sie haben erkannt, daß sie von den SPD- und Nazi-Führern an die Interessen der kapitalistischen Klasse gefesselt werden. Besonders groß sind die Erfolge der RGO bei den Textilarbeitern, Gemeindearbeitern und Bauarbeitern. Der Sturmangriff der RGO zur Mobilisierung des Proletariats und die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse hat selbstverständlich alle Feinde auf den Plan gerufen. Die Hetze der Bourgeoisie und ihrer Lakaien gegen die revolutionäre Führung der Arbeitermassen im Kampf gegen die kapitalistische Offensive vermochte jedoch nicht, den glänzenden Vormarsch der RGO aufzuhalten.

Diese bedeutungsvollen Erfolge der RGO dürfen jedoch nicht auf Selbstkritik verzichten lassen. Während der Durchführung der Arbeiten traten unleugbar Mängel auf. Wenn der rote Einheitskongreß heute und morgen seine Beschlüsse faßt zur Steigerung der Aufgaben, so wird sowohl in den Industriegruppentagungen als auch in der Plenartagung selbstkritisch zu den aufgetretenen Schwächen und Mängeln Stellung genommen. Die Schwankungen, das teilweise Zurückweichen vor den durchzuführenden Aufgaben und Schwierigkeiten, die mangelnde Unterstützung der Betriebsgruppen und Ortskomitees werden selbstkritisch festgestellt und konkrete Beschlüsse zur Beseitigung der aufgetretenen Schwächen gefaßt werden. In den Betriebsgruppen und Ortskomitees wurde gerade zur Vorbereitung des Landeskongresses das Hauptgewicht auf die Heranziehung zahlreicher neuer unverbrauchter Kräfte für die leitenden Funktionen beraten und beschlossen. Eins der wichtigsten Versäumnisse infolge der zu schwachen Funktionärkaders ist die ungenügende Organisierung der revolutionären Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Es wird kein Gebiet geben, wo nicht die Fehler bloßgelegt werden müssen, um so die Möglichkeit der Beseitigung zu schaffen.

Der rote Einheitskongreß ist eine wichtige Etappe auf dem Vormarsch der revolutionären Gewerkschaftsarbeit Sachsens. Er wird nicht ein „Paradekongreß", sondern eine Tagung ernster Arbeit und des Austausches gemachter Erfahrungen im Kampfe gegen die kapitalistische Offensive sein. Die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse werden für die Durchführung und Steigerung der kommenden Kämpfe allergrößte Bedeutung haben. Dieser Kongreß, auf dem die Millionen Ausgebeuteten und Hungernden in den sächsischen Betrieben, Büros und Stempelstellen blicken, wird ihre Erwartungen nicht enttäuschen. Er wird der Ausgangspunkt einer neuen großen Kampagne für die Organisierung von Massenkämpfen und die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen um das revolutionäre Banner der RGO für den Sturmangriff gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien, für die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD zur Beseitigung der Massennot sein. In diesem Sinne unseren revolutionären Kampfgruß dem roten Einheitskongreß der RGO, dem Parlament aller Ausgebeuteten Sachsens!

Neue Blutopfer des Hungerkurses

Mit Gummiknüppel und Karabiner gegen Hungernde

Kassel, 13. Juni 1931

Die Polizei hat bei ihren Aktionen gegen die Kasseler Arbeiter einen 60jährigen Schuhmachermeister erschossen, als er auf die Aufforderung der Polizei hin sich abmühte, seine Fenster zu schließen.

*

Naumburg, 13. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Am Schluß einer Versammlung fand eine Demonstration statt, die von der Polizei attackiert und beschossen wurde. 3 Arbeiter wurden durch die Kugeln der Polizei schwer verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. Die bürgerliche Presse, die eine vollkommen verlogene Darstellung der Zusammenstöße veröffentlicht, berichtet, daß ein Arbeiter getötet worden sei.

*

Lüneburg, 13. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Hier fand eine Demonstration der KPD gegen die Notverordnung statt. Demonstration und die Kundgebung auf dem alten Bahndamm waren sehr gut besucht. Um 20 Uhr löste die Polizei den genehmigten Demonstrationszug auf und feuerte in die Menge. Die Polizei schlug mit Gummiknüppeln auf die Menge ein. Verhaftete, die mit den Gummiknüppeln blutig geschlagen wurden, wurden dann auf die Wache geschleppt.

*

Dresden, 13. Juni 1931

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, kam es heute in der Umgebung des Arbeitsnachweises in der Materstraße erneut zu heftigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Am Poppitz wurde ein Flugblattverteiler, der die polizeilich genehmigten Flugblätter der IAH zur Teilnahme an der morgigen Solidaritätsdemonstration ausgab, von der Polizei verhaftet und mußte mit erhobenen Händen in den Wagen des Ueberfallkommandos steigen. Die Erwerbslosen brachen in tosende Empörungsrufe aus. Bei Redaktionsschluß dauern die Auseinandersetzungen an.

„Kommunisten schießen von Dächern!"

Die Volkszeitung hetzt in Gemeinschaft mit Nazis und Zentrum zum Verbot der KPD und ihrer Presse / Vossische Zeitung muß die Schwindelmeldungen entlarven

„Kommunisten schießen bereits von den Dächern" — unter solchen Schlagzeilen steigert die kapitalistische Presse die Verbotshetze gegen die KPD. Die unmenschliche blutige Niederschlagung der zahllosen Hungerdemonstrationen wird dazu ausgenutzt, die tollsten Lügenmeldungen in die Welt zu setzen.

Diejenigen, die das arbeitende Volk in das fürchterlichste Hungerelend gestürzt haben, die Arbeitslosendemonstrationen in bestialischer Weise auseinanderschlagen, auf Hungernde schießen lassen, wagen es, in ihrer Presse die entsetzliche Not des Volkes zu leugnen. Sie betreiben dafür die infame Verbotshetze gegen die KPD und die übrigen proletarischen Organisationen. Einige Beispiele für die gesteigerte Hetze.

Die Germania, das Berliner Zentrumsblatt, schreibt in ihrer Abendausgabe vom 11. Juni:

„Die kommunistische Zentrale legt es offenbar darauf an, einen Guerillakrieg gegen die öffentliche Ordnung und ihre Hüter zu führen, und sie scheint sich von dieser Zermürbungstaktik einiges zu versprechen. Es ist vielleicht nicht möglich, den von ihren Führern verhetzten Demonstranten klarzumachen, daß die Störung der Ordnung die denkbar schlechteste Methode zur Besserung ihres eigenen und des gesamtdeutschen Schicksals ist. Aber um so mehr ist es notwendig, diese Menschen gegen ihre eigenen verbrecherischen Führer zu schützen, die gewissenlos genug sind, um an der Not der Massen ihre staatsfeindlichen und parteipolitischen Ziele zu fördern. Der Staat sollte deshalb mit aller Klugheit, aber auch mit aller Festigkeit diesen kommunistischen Treibereien entgegentreten und vor allem die Quellen verstopfen, aus denen die Hetze fließt."

Die „demokratische" Berliner Volkszeitung schreibt:

„Die Unruhen, Krawalle und politischen Zusammenstöße, die in den letzten Tagen in den verschiedenen Städten des Reiches stattfanden, sind nicht etwa spontane Aeußerungen einer Volkserregung, sie sind vielmehr auf neue kommunistische Parolen zurückzuführen. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat in den letzten Wochen neue Anweisungen über die Aktivität der Kommunistischen Partei herausgegeben."

Die Wut des SPD-Vorwärts richtet sich besonders gegen die Redaktion der Roten Fahne. Er hetzt am 12. Juni mit folgenden Worten gegen die kommunistischen Redakteure:

„Denn ihre Redakteure gehören ja mit zu den vom Vorwärts angeprangerten Hauptschuldigen, die satt und wohlgenährt ihre Stühle drücken, während die von ihnen in die sinnlosen Ladenplünderungen hineingetriebenen jungen Leute ins Gefängnis wandern."

Daß im Chor der niedrigen, organisierten Bourgeoishetze gegen die Kommunistische Partei auch die Dresdner Volkszeitung nicht fehlen darf, zeigt die Veröffentlichung eines angeblichen Rundschreibens, das der Sozialdemokratische Pressedienst verbreitet hat. Nachdem sie unter dem Druck der örtlichen Zeugen ebenso wie die Chemnitzer Volksstimme bei den letzten Naziüberfällen, die durchweg arbeiterfeindliche Haltung der Polizeiführung hatte zugeben müssen, wagt es das SPD-Pressereptil gestern, folgendes zu schreiben:

„Die Zusammenstöße waren organisiert
Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die kommunistischen Aktionen der letzten Tage organisiert waren, so ist es dieses Rundschreiben der KPD."

Dieses „KPD-Rundschreiben" der SPD-Presse ist genau so „echt" wie das „KPD-Rundschreiben" im Blättchen der nationalsozialistischen Mordhetzer anläßlich der Chemnitzer Provokationen.

Die Hetzer entlarvt!

Daß diese Hetze jedoch nicht einmal in allen Bourgeoiskreisen als glaubwürdig und tragbar empfunden wird, zeigt die Vossische Zeitung, die am 12. Juni folgendes schreibt:

„Da werden von Nachrichtenagenturen bedenkenlos Meldungen über blutige Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizei verbreitet, die bei genauer Nachprüfung sich geradezu als erfunden herausstellen oder als grotesk übertrieben. So war es zum Beispiel mit den Nachrichten über den blutigen Verlauf einer Demonstration in Weißwasser, wo angeblich 7 Schupoleute verletzt sein sollten, während in Wirklichkeit ein Schupomann eine Schramme erlitten hat. Nicht nur in diesem Fall konnte festgestellt werden, daß man am Ort der Begebenheit von den blutigen Ereignissen keine Ahnung hatte, die durch Nachrichtenagenturen an die deutschen Zeitungen, aber auch ins Ausland gemeldet waren und einen zumindest verzerrten Eindruck von den Zuständen in Deutschland hervorrufen müssen. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese teils erfundenen, teils maßlos übertriebenen Darstellungen nicht ohne Absicht lanciert werden."

Dieser letzte Satz trifft die Hetze, besonders die der SPD-Presse, auf den Kopf. Um so leichter wird sich bei den ehrlichen SPD-Arbeitern die Erkenntnis durchsetzen, daß man als Klassenkämpfer und Sozialist nicht in einer Partei des Polizeidenunziantentums bleiben kann. Gerade die schamlose Hetze der Einheitsfront der Nazi-, Bourgeois- und SPD-Blätter gegen die KPD und ihre Organe wird die Werbung tausender neuer Leser und Mitglieder ermöglichen.

Kölner KPD-Zeitung auf 4 Wochen verboten!

Köln, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Die „Sozialistische Republik", die bereits mehrfach auf Grund des Republikschutzgesetzes verboten worden ist, wurde vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erneut auf vier Wochen verboten.

Das Blatt hatte anläßlich des für den 7. Juni in Siegburg von der NSDAP geplanten Deutschen Tages eine Reihe Artikel veröffentlicht, die angeblich Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen politisch Andersdenkende und damit einen Verstoß gegen das Republikschutzgesetz und die Notverordnung Hindenburgs darstellen.

Auch Mannheimer „Arbeiterzeitung" verboten!

Mannheim, 13. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Gestern wurde die kommunistische „Arbeiterzeitung", Mannheim von der zentrum-sozialdemokratischen Koalitionsregierung auf 3 Wochen auf Grund der Notverordnung vom 28. März verboten.

Begründet wird das Verbot mit einem Bericht über die Kämpfe in Mannheim, wobei das Vorgehen der Polizei scharf charakterisiert und kritisiert wurde. Bezeichnenderweise versucht die Verbotsbegründung nicht, die von der „Arbeiterzeitung" berichteten Tatsachen auch nur in einem Punkt zu widerlegen. **Das Verbot des proletarischen Organs hat die Erregung der Bevölkerung noch gesteigert.**

Massenzustrom als Antwort auf Terror

Dresden, 13. Juni.

Die gestrige Jugendkundgebung des KJBD und der Kampfbundjugend reihte sich würdig den glänzenden Veranstaltungen an, die die Dresdner revolutionären Organisationen im Verlaufe dieser Woche durchführten. Das Keglerheim war überfüllt. Die Ansprache des Reichsleiters der Jugend des Kampfbundes gegen den Faschismus, Gen. Hähnel, wurde mit tosender Begeisterung aufgenommen. SAJler und Reichsbannerleute zerrissen ihre Bücher als Antwort auf den Verrat der SPD- und SAJ-Führer. Eine SAJlerin erklärte öffentlich ihren sofortigen Uebertritt zum KJBD. 6 Neuaufnahmen in den KJBD, 9 Aufnahmen für die Kampfbundjugend und drei Neueintritte in die Rote Hilfe wurden getätigt. In der Diskussion forderte ein SAJ-Mitglied die anwesenden SAJ-Genossen auf, dem Beispiel zu folgen und mit dem KJB zu marschieren. (Ausführlicher Bericht folgt.)

*

Mannheim, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern abend sollte in Oppau eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung stattfinden, die aber von der Polizei verboten wurde. Darauf wurde eine Mitgliederversammlung veranstaltet, wobei sich die Polizeikontrolle am Eingang des Saales die Kommunisten aussuchte, die sie hineinließ. Nunmehr gaben die Kommunisten an der Eingangstür den zu Hunderten erschienenen parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern Aufnahmescheine für die Partei, die von ihnen unterschrieben wurden, so daß somit die Durchführung der Versammlung gelang, in der der von der SPD zur KPD übergetretene frühere Reichstagsabgeordnete Jakobshagen unter großer Zustimmung sprach. **36 Arbeiter erklärten am Schluß der Versammlung ihren Beitritt zur KPD. Ein großer Teil der Uebergetretenen kommt direkt von der SPD.**

Achtung! Radio Moskau!

Vortrag Frau Dr. Kienle und Dr. Apfel am Solidaritätstag

Wie uns aus Moskau telegraphisch gemeldet wird, wird am Solidaritätstag, dem 14. Juni, 21 Uhr Berliner Zeit, durch den dortigen Gewerkschaftssender Frau Dr. Kienle und Rechtsanwalt Dr. Apfel zu dem deutschen und internationalen Proletariat über den Solidaritätstag der IAH sprechen. Alle Arbeiter-Hörer werden diese Stunde beachten.

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Wirtschaft, Sport, Radio und Heimatfunk: Rudolf Vehlig, Dresden; für Auslands- und Kulturpolitik: Karl Perlmutter, Berlin; für Anzeigen: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schwanke, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Güntzbahnhofstraße 2.